

Noch fremdeln die möglichen Koalitionäre: Horst Seehofer, Christian Lindner, Cem Özdemir und Angela Merkel. Fotos: dpa



Parteichefs auf Partnersuche

Koalition Derzeit läuft alles auf eine Jamaika-Koalition hinaus. Noch aber zieren sich die Beteiligten von Union, FDP und Grünen. Sie betonen, dass es schwierig werde, ein Dreier-Bündnis zu schmieden.

Als Angela Merkel am Tag, nachdem ihre Partei mehr als zwei Millionen Wähler an AfD und FDP verloren hat, gefragt wird, ob Neuwahlen infrage kommen, kneift sie die Augen zusammen. Sie sagt, dass solche Spekulationen eine „Missachtung des Wählerwillens“ seien. Ihr Blick verrät allerdings, dass sie dieses Szenario schlechterdings für undenkbar hält. Merkel will eine Regierung bilden – nur wie, lässt sie erst einmal offen.

Dabei hat die SPD der Union längst eine Absage erteilt. Es bleibt also nur Jamaika. Doch alles, was Merkel dazu sagt, ist, dass sie noch keine Aussagen machen kann. Deutlicher werden ihre Parteikollegen, die das Bündnis nicht ausschließen, aber klarstellen, dass die Hürden dafür hoch sind. Daniel Günther etwa, der in Schleswig-Holstein eine Koalition mit FDP und Grünen führt, sagt: „Unser Bündnis haben wir hinbekommen, weil sich darin jede Partei wiederfindet. Meine Empfehlung ist, das in Berlin genauso zu machen.“ Die CSU zieht aber noch nicht mit. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann

betont, dass er sich mit den Grünen eine gemeinsame Basis nicht vorstellen kann.

Die FDP setzt auf subtile Zeichen des Kompromisses. Immerhin hat Parteichef Christian Lindner am Tag nach der Wahl einen dunklen Schlipf um, sein Stellver-

„Wir sind seit vier Jahren im Kampagnenmodus. Das können wir auch noch länger.“

Ein FDP-Wahlkämpfer

treter Wolfgang Kubicki einen grünen. Ansonsten will man sich in der FDP-Zentrale keine Blöße geben, was eine Jamaika-Koalition betrifft. Er habe eine Handvoll Telefonate geführt, sagt Lindner. Mit wem, bleibt sein Geheimnis. „Wir sind gesprächsbereit.“ Der Rest sei Vertrauenssache. Also bleibt es seinen Parteifreunden vorbehalten, die Knackpunkte zu benennen, an denen eine Koalition scheitern könnte. Mit den Grünen liegen die Liberalen zum Beispiel beim Verbot des Verbren-

nungsmotors über Kreuz. „Das ist mit der FDP nicht zu machen“, sagt eine Abgeordnete der baden-württembergischen Landesgruppe. Und was, falls die Verhandlungen scheitern und auch die SPD nicht will? Neuwahlen? „Wir sind seit vier Jahren im Kampagnenmodus“, antwortet ein Wahlkämpfer im Genscher-Haus. „Das können wir auch noch länger.“

Bei den Grünen dominiert hingegen die vielzitierte Staatsräson. Mit ernsten Mienen stellen sich die beiden Spitzenkandidaten Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt der Hauptstadtpresse. Özdemir spricht von einer „großen Verantwortung“, der die Grünen nun gegenüberstünden. Er verspüre durch den Einzug der AfD in den Bundestag eine „tiefe Sorge um das Land, um die Republik“. Seine Kollegin Göring-Eckardt fügt hinzu, man sei bereit, eine Einladung anzunehmen, das Verhandlungsteam scheint festgelegt. Also alles bereits ausgemacht? Mitnichten. Göring-Eckardt betont, es gebe keine Zwangsläufigkeiten: „Wir werden nicht um jeden Preis in eine Regierung eintreten.“ Stefan Kegel, David Nau und Mathias Puddig

Schwarz-gelb-grüne Streitpunkte

Innere Sicherheit

Die Union will die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum erhöhen. Bund und Länder sollen dafür 15 000 Beamte einstellen. Sie fordert mehr Videoüberwachung, leichteren Zugriff der Sicherheitsbehörden auf Daten, Ausbau der Schleierfahndung. Das Terrorabwehrzentrum soll mehr Befugnisse erhalten, die Bundeswehr bei Terrorangriffen die Polizei unterstützen. Für alle Länder soll es ein Polizeigesetz geben.

Die FDP lehnt schärfere Gesetze ab, die die Freiheit der Sicherheit opfern. Doppelzuständigkeiten der Sicherheitsbehörden bei Bund und Ländern sollen fallen. Polizeieinsätze etwa bei kleineren Verkehrsunfällen wollen sie anderen Behörden übertragen. Polizei und Justiz sollen mehr Geld erhalten, um Verfahren zu beschleunigen.

Die Grünen fordern mehr und besser ausgestattete Polizisten. Den Einsatz der Bundeswehr im Innern lehnen sie ab. Statt alle Bürger durch Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung und Gesichtserkennung zu erfassen, sollen zur Terrorabwehr Verdächtige überwacht werden. Der Verfassungsschutz soll in einen Inlandsgeheimdienst und ein Institut zur Beobachtung von Demokratiefreunden aufgeteilt werden.

Flüchtlinge und Zuwanderer

Eine Obergrenze für Flüchtlinge ist zwischen **CDU** und **CSU** umstritten. Einig ist sich die Union, dass sich ein Zuzug wie 2015 nicht wiederholen soll. Sie will Verträge mit afrikanischen Ländern abschließen, um dies zu verhindern. Diejenigen, deren Asylantrag abgelehnt wird, sollen rasch abgeschoben werden. Zur Integration steht das Erlernen von Deutsch im Zentrum. Wer sich verweigert, müsse das Land verlassen.

Für die FDP ist das Asylrecht unantastbar. Sie will aber eine klarere Unterscheidung zwischen Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern. Zuwanderung soll durch ein Punktesystem, das Qualifikationen auflistet, geregelt werden. Den Mindestlohn für Flüchtlinge möchte sie abschaffen. Bei der Integration ist sie gegen Assimilation.

Die Grünen plädieren für eine geregelte Einwanderung. Dazu zählt: Fluchtursachen bekämpfen, legale Fluchtrouten einrichten, ein schnelles und faires Asylverfahren durchsetzen und die Integration fördern. Das Asylrecht soll nicht verschärft, aber verbessert werden. Einwanderung sowie Integration sollen jeweils durch eigene Gesetze geregelt werden.

Energie/Verkehr/Landwirtschaft

Die Union ist für einen Ausstieg zumindest aus der Braunkohle, ohne ein Datum zu nennen. Die Grünen wollen die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke sofort dicht machen und bis 2030 ganz aus der Kohleverstromung aussteigen. Die FDP sieht sich als Partei des Wettbewerbs. Auch sie steht zu den Pariser Klimazielen, will aber Korrekturen und weniger staatliche Vorgaben

Die CSU will keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem ein Enddatum des Verbrennungsmotors steht. Die Grünen fordern, ab dem Jahr 2030 nur noch Autos mit umweltfreundlichen Antrieben zuzulassen. CDU-Chefin Angela Merkel sieht den Verbrennungsmotor als Brückentechnologie. Die FDP lehnt ein Verbot ab, fordert bessere Bedingungen für Forschung und Innovation.

Die Grünen verlangen eine Agrarwende, also weg von industrieller Massentierhaltung und Massenproduktion. Gentechnik lehnen sie ab. Union und FDP sehen dagegen wenig Änderungsbedarf. Die Union sieht sich an der Seite der konventionell tätigen Bauern. Sie ist für CDU und CSU eine wichtige Klientel.

Soziales/Steuern/Europa

Union, **Grüne** und **FDP** wollen bei der Steuer untere und mittlere Einkommen entlasten. Dazu will die Union den Spitzensteuersatz auf 60 000 Euro Jahreseinkommen anheben. Den Solidarbeitrag abzuschaffen, versprechen ebenfalls alle. Die Union will ihn schrittweise ab 2020 abbauen. Strittig sind das Ehegattensplitting. Daran halten Union und FDP fest, die Grünen wollen es durch eine Familienförderung ersetzen. Sie fordern zudem, eine Vermögenssteuer für Superreiche einzuführen.

In der Europapolitik sorgt die **FDP** für Unruhe. Sie pocht auf die Einhaltung der Euro-Regeln, was etwa die Verschuldung der Haushalte der EU-Länder angeht. Die CSU verpflichtet ihr bei, CDU und Grüne sind gegen eine zu harte Hand.

Im Sozialbereich sind vor allem die Gegensätze zwischen **Grünen** und **FDP** krass. Die Liberalen wollen das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung beibehalten und setzen auf ergänzende Privatvorsorge bei der Rente. Die Grünen fordern eine Bürgerversicherung für alle bei Rente und Gesundheit. Da aber auch die Union zumindest am bisherigen System festhalten will, dürfte es hier keine grundlegenden Veränderungen geben.

Frauke Petrys späte Rache

AfD Am Tag nach der Wahl eskaliert der Richtungsstreit bei den Rechtspopulisten. Die Vorsitzende spaltet sich von der neuen Fraktion ab.

Die Bombe platzte um zehn nach neun. „Ich werde der AfD-Fraktion im Bundestag nicht angehören“, sagt Frauke Petry. Die Parteivorsitzende kündigt an, weitere Fragen im Foyer zu beantworten, steht auf und geht. Etwas mehr als 15 Stunden nach Schließung der Wahllokale hat sich die Vorsitzende der drittstärksten Partei im 19. Deutschen Bundestag und direkt gewählte Abgeordnete von ihrer Fraktion abgespalten. Schon wieder ein Negativ-Novum in der Geschichte der Bundesrepublik.

Zurück im großen Saal der Bundespressekonferenz bleiben der zweite Parteivorsitzende Jörg Meuthen, das AfD-Spitzen Duo Alexander Gauland und Alice Weidel – und Dutzende Journalisten, vor denen sich die über-rumpelte Führungsriege erklären muss. Der Schritt sei nicht abge-

sprochen gewesen, sagt Meuthen. Petry hat ihren Parteifreunden blutige Steaks um den Hals gebunden und sie dann ins prall gefüllte Haifischbecken geworfen. So sieht Rache aus. Petry möch-

„Die AfD ist ein gärer Haufen, und jetzt ist halt eine obergärer geworden.“

Alexander Gauland
AfD-Spitzenkandidat

te nun als „Einzelabgeordnete“ im Plenarsaal sitzen, um dort eine „Realpolitik im guten Sinne einer konservativen Politik“ zu machen.

Es ist der Höhepunkt eines seit Monaten zuspitzenden Streits um die Ausrichtung der Partei,

der sich so zusammenfassen lässt: Petry wollte die Partei in die Mitte rücken, die anderen nicht. Sie wolle 2021 Regierungsverantwortung übernehmen, sagt Petry, doch die AfD habe sich in der jüngsten Vergangenheit zu einer „anarchischen“ Partei entwickelt, die so nur Opposition könne.

Wenige Stunden zuvor hatte Petry Gauland im ARD-Morgenmagazin noch „eine Rhetorik, die der Bürger als nicht konstruktiv empfindet“ vorgeworfen. Nach dem Abgang Petrys dauert es eine gute halbe Stunde, bis der 76-Jährige zu dieser Rhetorik zurückfindet. „Die AfD ist ein gärer Haufen, und jetzt ist halt eine obergärer geworden“, sagt er. Alice Weidel sagt erst mal lange gar nichts und entscheidet sich dann für eine gemäßigte Kritik: „Ich hätte mir gewünscht, dass Frau Petry mit mir oder Herrn Gauland ein persönliches Ge-

spräch sucht.“ Stattdessen habe sie sich in den vergangenen Monaten entschlossen, nicht mehr an gemeinsamen Treffen und Konferenzen teilzunehmen, sagt Meuthen.

Spannend wird nun, ob Petry Mitstreiter hat. Zwei Mutmaßungen standen bislang im Raum. Die eine lautet: Die sächsischen AfD-Abgeordneten spalten sich ab. Die andere: Die Nordrhein-Westfalen, Heimatverband von Petrys Ehemann Marcus Pretzell, machen mit. Beides scheint nicht der Fall zu sein.

„Das steht überhaupt nicht zur Disposition für uns“, sagt Siegfried Droese, einer der neuen Bundestagsabgeordneten der sächsischen AfD. „Ich kenne in Sachsen niemanden, der sich Petry anschließen möchte.“ Selbst Petrys eigener Kreisverband scheint stinksauer zu sein. Er selbst habe mit Petry nicht sprechen können,



Irritiert mit ihrem Alleingang ihre Partei: Frauke Petry. Foto: dpa

„es hat sich leider nicht ergeben“, dabei hätte es viel Klärungsbedarf gegeben, sagt Droese.

Petry hat zwar angekündigt, nicht der AfD-Bundestagsfraktion anzugehören, vom Parteivorsitz ist sie allerdings nicht zurückgetreten. Alice Weidel reagierte am Nachmittag ebenso empört wie gestelzt: „Nach dem jüngsten Eklat von Frauke Petry,

der an Verantwortungslosigkeit kaum zu überbieten war, fordere ich sie hiermit auf, ihren Sprecherposten niederzulegen und die Partei zu verlassen, um nicht weiteren Schaden zu verursachen.“ Petry reagiert zunächst nicht.

Generell gilt in der AfD: Alle waren überrascht, alle sind irritiert vom Vorgehen ihrer Parteichefin. „Diese Art der Eskalation finde ich ein bisschen befremdlich“, sagt Martin Renner, Listenplatz eins in NRW. Der Schock sitzt tief, muss aber bis Mittwoch verdaut sein. Dann will man sich als Fraktion zusammenfinden und mit der Arbeit beginnen – etwa festlegen, wer den Fraktionsvorsitz übernimmt. Gauland würde sich dafür anbieten, zusammen mit Weidel. „Wenn die Fraktion uns den Auftrag gibt, wollen wir das beide gemeinsam machen.“

Thomas Block